

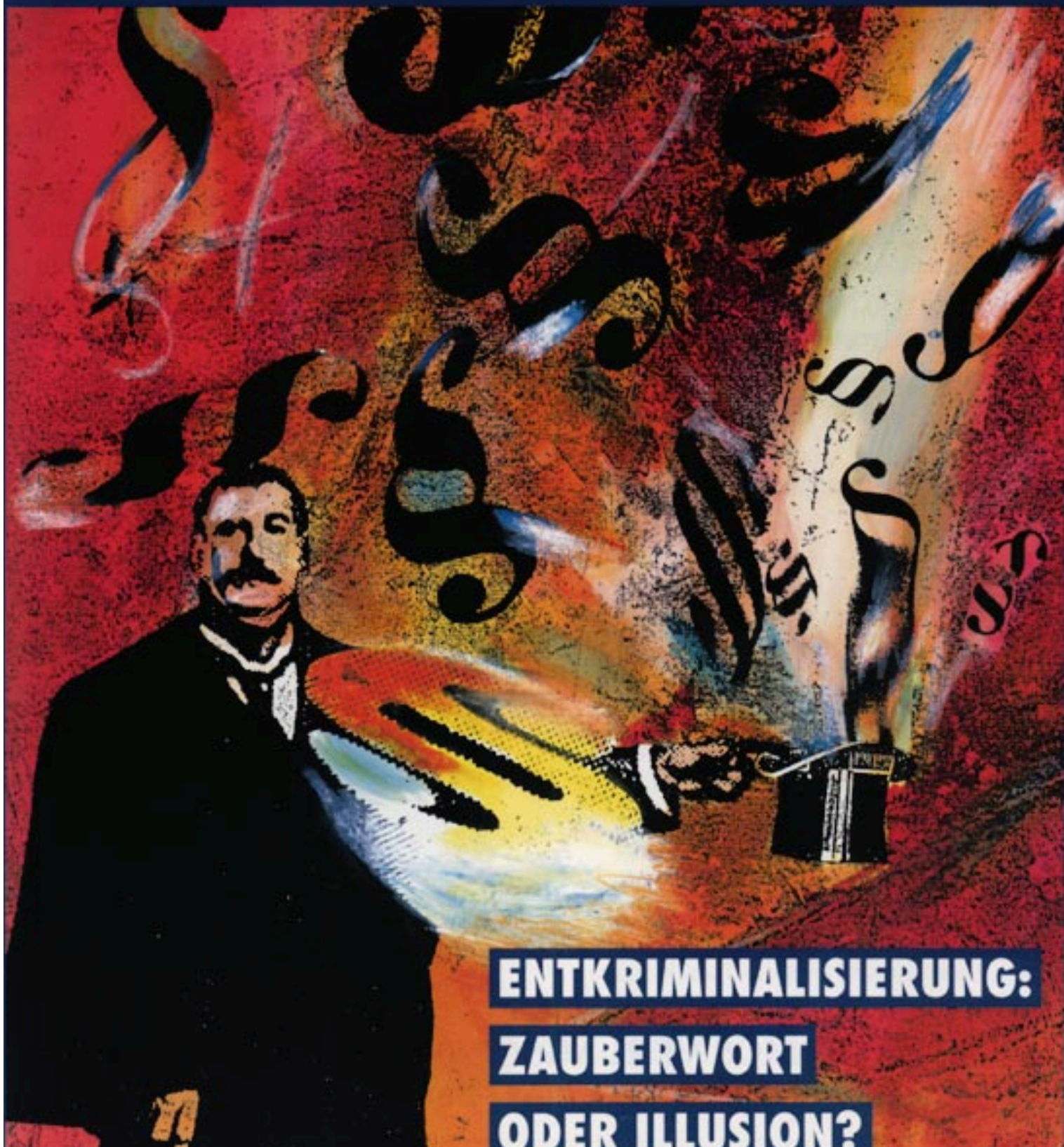
NEUE



Heft 1/Februar 1994  
6. Jahrgang  
ISSN 0934-9200

# KRIMINALPOLITIK

Forum für Praxis, Politik und Wissenschaft



**ENTKRIMINALISIERUNG:**

**ZAUBERWORT**

**ODER ILLUSION?**



## Auf Stimmenfang ...

**D**ie Deutschen sollen in diesem Jahr vermehrt das tun, was sie in den letzten Jahren immer weniger gern getan haben – sie sollen wählen. Neben neun Kommunal- und acht Landtagswahlen, stehen im Juni die Europawahl und im Herbst die Bundestagswahl auf dem Programm. Das Thema »Innere Sicherheit« (vgl. NK-Titel 4-93) gilt als Stimmenfänger. Für die »Innere Sicherheit« muß aufgerüstet werden, plärzt die CDU – auch wenn dabei Grundrechte eingeschränkt werden. Ihr Fraktionschef Schäuble will gar die Bundeswehr im Kampf gegen »größere Sicherheitsbedrohungen« als Polizei einsetzen. Seinen Vorstoß begründete er damit, daß sich im Zeitalter »weltweiter Wanderungsbewegungen und internationalem Terrorismus« die Grenzen zwischen »innerer und äußerer Sicherheit« verwischen. Mit seinem Vorschlag wolle er »perfektionistische Beschränkungen« aufbrechen, die unsere Verfassung dem Militär auferlege. SPD-Geschäftsführer Günther Verheugen fragte nach Schäubles Äußerungen, »ob die CDU jetzt anfängt durchzudrehen«. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) bezeichnete die Äußerungen des CDU-Mannes als »Wasser auf die Mühlen der Rechtstextremisten« und Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, forderte den Bundeskanzler auf, Schäuble wegen seiner »absurden und gefährlichen« Äußerungen in die Schranken zu weisen. Lutz: »So einen Unfug habe ich bisher noch nicht einmal von den Republikanern gehört«. So ist es: die CDU propagiert heute schon populistische Forderungen, mit denen morgen die Republikaner auf Wählerstimmenfang gehen könnten. Wir haben nun einmal Superwahljahr und Schäuble wirft schon jetzt sein Stimmenfang-Netz aus, auch wenn sich darin die Verfassung verfängt.

Wer dem Militär unter dem Vorwand, die Innere Sicherheit schützen zu wollen, eine Teilhabe am Gewaltmonopol der Polizei verschaffen möchte, der öffnet die Tür zum Mißbrauch dieser Macht. Soldaten in die Städte, um gegen das »Organisierte Verbrechen« und gegen vermeintliche oder tatsächliche Terroristen zu kämpfen?

Schäuble mag mit seinen gefährlichen Vorschlägen die Lufthoheit über deutschen Stammtischen erobern und bei rechten Wählern Stimmen sammeln. Wer jedoch mit den Grundlagen unserer Verfassung so leichtfertiges Spiel treibt, der ist seiner Aufgabe als verantwortlicher Politiker sichtbar nicht gewachsen.

Aus gutem Grund unterscheidet unsere Verfassung peinlich genau zwischen den Aufgaben der Armee und denen der Polizei. Eine der Lehren aus dem Nationalsozialismus ist nicht nur die strikte Trennung der Gewalten, sondern auch die Aufteilung des Rechtes

auf Gewaltausübung. Wenn Schäuble daran rüttelt, so legt er die Axt an eine der Wurzeln der Demokratie.

Während mit dem Slogan »Innere Sicherheit« auf Stimmenfang gegangen wird, widmen wir uns einem Thema, das seit Jahren zwar in keiner kriminalpolitischen Debatte fehlt, derzeit jedoch bei Politikern nicht im Trend liegt: Ent-Kriminalisierung.

Ist in einer »Kultur der Kriminalisierung« eine »tatsächliche« Entkriminalisierung überhaupt möglich oder verbirgt sich dahinter letztlich nur die Verlagerung von Sozialkontrolle, etwa vom Strafrecht in das Ordnungswidrigkeitenrecht? Unsere Autoren Michael Walter, Wolfgang Heinz und Wolfgang Stangl fragen nach – und geben Antworten. Unsere Titelbeiträge ab Seite 24.



*Neu in der Redaktion:  
Heribert  
Ostendorf (l.)  
und Joachim  
Kersten.*

**D**ie Redaktion hat sich personell verändert: Dieter Rössner ist – vorläufig – ausgeschieden, um sich ganz dem Aufbau der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität in Halle zu widmen. Über zwei neue Mitglieder freuen wir uns: Prof. Dr. Heribert Ostendorf, seit 1989 Generalstaatsanwalt in Schleswig-Holstein, zuvor Richter in Kiel und Professor für Straf- und Strafprozeßrecht an der Universität Hamburg und Verfasser zahlreicher vielbeachteter Fachpublikationen (u.a. »Kommentar zum JGG«), wohnhaft im holsteinischen Schleswig. Aus dem Süden: Dr. Joachim Kersten, Forschungstätigkeiten am Deutschen Jugendinstitut in München, ab 1986 Hochschullehrer für Kriminologie an der Universität Melbourne, zuletzt Gastprofessor an der Rikkyo Universität in Tokio. Jetzt forscht und lebt er wieder in München.

Ihnen wünsche ich wie immer gute Fachlektüre

*Ihr  
Helmut Ortner*

## Entkriminalisierung – Zauberformel oder Illusion?

Das Wort gehört zum Kernbestand der kriminalpolitischen Debatte: »Ent-Kriminalisierung«. In der Praxis entpuppt sich die Zauberformel häufig lediglich als Verlagerung der Sozialkontrolle – nicht immer zum Vorteil der Betroffenen. Entkriminalisierung – Perspektiven oder Illusionen? Unser Thema  
**ab Seite 24**



## ASJ-Perspektive: »Kriminalpolitik 2000«

Wie soll zukünftig eine pragmatische, rationale Kriminalpolitik aussehen? Sozialdemokratische Juristen und Juristinnen haben einen Katalog mit zehn Forderungen vorgelegt. Bernd-Rüdiger Sonnen zum ASJ-Programm »Kriminalpolitik 2000« im Magazin  
**ab Seite 6**



## Alternativen zum Gericht

Der Weg zu Gericht ist im Konfliktfall die Ausnahme – vor allem, wenn zwischen den Konfliktparteien intakte Beziehungen bestehen und außergerichtliche Regelungen gesellschaftlich gefördert werden. Erhard Blankenburg über den Außergerichtlichen Tatausgleich als Alternative zum Strafverfahren  
**ab Seite 20**



## Der Chronist

Als Jurist, Zeitzeuge, Justiz-Kritiker und Kommentator war er häufig unbequem – und immer unabhängig. Jetzt feiert der überzeugte Anwalt und passionierte Chronist Otto Gritschneder seinen 80. Geburtstag. Ein Portrait von Constanze Kleis  
**ab Seite 42**



## TITEL

### Entkriminalisierung Zauberwort oder Illusion?

Entkriminalisierung und was dann?	24
Michael Walter	26
Flucht ins Prozeßrecht?	29
Wolfgang Heinz	37
Wege aus dem Strafrecht	
Wolfgang Stangl	

## MAGAZIN

ASJ-Forderungen: Kriminalpolitik 2000? 6 • Straffälligenhilfe: Ein Netz von Alternativen 8 • Jugendstrafrecht: Verschärfungen abgewehrt 9 • Tagungsbericht: Rechtsreformen und Gegenstrategien 11 • Österreich: Alternativen zur Bestrafung? 12 • Schweden: Kriminalpolitischer Kurswechsel 12 • Osteuropa: Demokratische Kontrolle 15 • Schweiz: Sicherheit durch Sicherung? 17

## MEINUNG

Pathologische Debatte	19
Henning Scherf	

## BEITRAG

Alternativen zum Gericht	20
Erhard Blankenburg	

## FORUM

Wider die Verständigung mit Rechtsradikalen – Antworten von Heribert Ostendorf und Werner Nickolai	23
--	----

## PORTRAIT

Der Chronist – Otto Gritschneder	42
Ein Portrait von Constanze Kleis	

## RUBRIKEN

Editorial	3
Zur Person	7
Praxis	44
Recht	46
Terminal	47
Bücher	48
Impressum	50